

EINLEITUNG:

Raus aus der Gewerkschaft, rein in die Betriebsorganisation!

Die Gruppe Internationaler Kommunisten (GIK) bildete sich 1927 vor dem Hintergrund der Diktatur über das Proletariat in der Sowjetunion und zugleich als Resultat der Klassenkämpfe in Deutschland.

Nachdem in der Sowjetunion 1921 der Bürgerkrieg gegen die weißen Garden der Konterrevolution gewonnen war, hatte die bolschewistische Partei gemäß ihrem staatssozialistischen Programm damit begonnen, den ökonomischen Wiederaufbau zu organisieren. Demgegenüber brachte die innerparteiliche Arbeiteropposition in ihren auf dem X. Parteitag vorgelegten Thesen den zunehmenden Unmut der Arbeiter und Arbeiterinnen im Hinblick auf die Beherrschung der Arbeiterklasse durch die von der Partei eingesetzten Direktoren sowie die von ihr kontrollierten Gewerkschaften folgendermaßen zum Ausdruck: „Merkt wohl auf Genossen! [...] Der einfache Arbeiter beobachtet. Er sieht, dass [...] die ganze Organisation des Lebens und der Arbeitsbedingungen in unserer Politik an letzter Stelle stehen. [...] Das Wesen des Streits dreht sich darum, ob wir den Kommunismus mit Hilfe der Arbeiter verwirklichen werden, oder über ihre Köpfe hinweg vermittels der Sowjetbeamten. [...] Die Arbeiterverbände müssen von der gegenwärtigen passiven Mitwirkung zur aktiven und individuellen Teilnahme in der Verwaltung der ganzen Volkswirtschaft übergehen.“¹ Auf Antrag Lenins lehnte der X. Parteitag die Thesen der Arbeiteropposition ab, erklärte „die Propaganda dieser Ideen für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur KPR“ und beschloss zugleich in der Resolution „Über die Einheit der Partei“, „jegliche Fraktionsmacherei vollständig auszumerzen“ und „ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben, sofort aufzulösen, bei Strafe des unbedingten und sofortigen Ausschlusses aus der Partei.“²

Parallel zum X. Parteitag erfolgte im März 1921 die militärische Niederschlagung des Aufstandes der Kronstädter Matrosen, die sich als außerparteiliche Opposition unter dem Motto organisiert hatten: „Alle Macht den Sowjets – Keine Macht der Partei“. In der letzten Nummer ihrer Zeitung hatten die Kronstädter unter dem Titel – Wofür wir kämpfen – geschrieben: „Hier in Kronstadt wurde der Grundstein zur Dritten Revolution gelegt, die die letzten Ketten des Arbeiters zerbrechen und ihm den neuen und breiten Weg des sozialistischen Aufbaues eröffnen wird. Diese neue Revolution wird die arbeitenden Massen in Ost und West aufrütteln. Sie wird das Beispiel eines neuen sozialistischen Aufbaues im Gegensatz zum mechanischen und regierungsmäßigen kommunistischen „Aufbau“ geben. [...] Die nunmehr vollzogene Änderung gibt den arbeitenden Massen endlich die Möglichkeit, frei gewählte Räte zu verwirklichen, die ohne gewaltsamen Druck einer Partei funktionieren. Diese Änderung wird ihnen auch die Möglichkeit geben, die verstaatlichten Gewerkschaften in freie Organisationen der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen zu verwandeln.“³

In der Sowjetunion war mit dem Verbot der Arbeiteropposition und der Niederschlagung des Kronstädter Matrosenaufstandes 1921 der letzte bedeutende Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Beherrschung durch die kommunistische Partei gebrochen worden. Die Kritik der Arbeiteropposition und der Kronstädter – zu der Lenin sagte: „Ich behaupte, dass zwischen den Ideen und Losungen dieser kleinbürgerlichen, anarchistischen Konterrevolution und den Losungen der ‚Arbeiteropposition‘ ein Zusammenhang besteht.“⁴ – fanden jedoch außerhalb der Sowjetunion ihren Widerhall. Bereits ein Jahr nach der russischen Revolution hatte Rosa Luxemburg in ihren kritischen Bemerkungen zur russischen Revolution die spätere Kritik an der Parteidiktatur vorweggenommen. Sie schrieb: „[...] mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muss auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. [...] Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, dass sie die Diktatur [...] der Demokratie entgegenstellen. [...] Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als die Diktatur des Proletariats. [...] Aber diese Diktatur muss das Werk der Klasse, und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der ge-

¹ Die Russische Arbeiteropposition, Rowohlt 1972, S. 147 / 150ff / 166ff

² W. I. Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei, Werke Bd. 32, S. 247

³ Wofür wir kämpfen, Leitartikel aus Nr. 6 Iswestija, Kronstadt vom 8. März 1921, zitiert nach: Günther Hillmann, Selbstkritik des Kommunismus. Texte der Opposition, Rowohlt 1967, S. 72f

⁴ W. I. Lenin, Schlusswort zum Bericht des ZK der KPR (B), X. Parteitag, 9. März 1921, Werke Bd. 32, S. 194

samten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.“⁵

Während Lenin 1922 – ein Jahr nach dem Fraktionsverbot – auf dem XI. Parteitag prahlte, „dass die Partei zu diesem Parteitag weniger fraktionell gespalten und mehr geeint gekommen ist als im vorigen Jahr. [...] dass die ‚Arbeiteropposition‘ nur noch ein Bruchstück der einstigen Gruppe ist,“⁶ resümierte der inzwischen aus der KPD ausgeschlossene ehemalige Vorsitzende Paul Levi im resignierten Rückblick: „Die Sowjets waren tot. [...] Ausgebrannte Asche waren sie. [...] Gibt es einen schwereren Vorwurf als den, dass [...] nach vier Jahren proletarischer Herrschaft die übergroße Masse ‚parteilos‘ ist? Sind sie wirklich interesselos geworden? [...] Sind sie gleichgültig geworden oder scheuen sie es zu sagen, was sie denken? Hüten sie ihre Zunge oder ist ihnen die Revolution zum Ekel geworden, dass sie ‚parteilos‘ sind? Ist nicht ein jeder von ihnen ein lebendiger Vorwurf? Wie dem auch sei. Die russische Revolution und ihre führende Partei haben nicht verstanden, diese Massen mit dem Geschick der Revolution zu verknüpfen. Sie stehen beiseite und nicht in der Reihe der Kämpfer. Das öffentliche Leben ist tot. Der Geist der Demokratie, der allein den Odem der Massen bildet, ist gestorben. Eine straff zentralisierte Partei, ein glänzendes Zentralkomitee, eine schlechte Bürokratie schwebt über den Wassern. Drunten aber ist alles wüst und leer.“⁷

Was auf Seiten einiger Marxisten zu Enttäuschung und Ernüchterung führte, schien die bereits vorhandene Theorie der Anarchisten nur zu bestätigen. 1921 formulierte dies Rudolf Rocker in seiner Schrift „Der Bankrott des russischen Staatskommunismus“ folgendermaßen: „Das Rätesystem verträgt eben keine Diktatur, da es von ganz anderen Voraussetzungen ausgeht. In dem Bolschewismus verkörpert sich der Zwang von oben, die blinde Unterwerfung unter das geistlose Schema eines Diktats. Beide können nicht nebeneinander bestehen. In Russland siegte die Diktatur, darum gibt es dort keine Sowjets mehr. Was davon noch existiert, ist nicht mehr wie eine grausame Karikatur des Sowjetgedankens. Der Rätegedanke ist der bestimmteste Ausdruck dessen, was wir unter einer sozialen Revolution verstehen und umfasst die ganze konstruktive Seite des Sozialismus. Die Idee der Diktatur ist rein bürgerlichen Ursprungs und hat mit dem Sozialismus überhaupt nichts gemein.“⁸

Der Schwachpunkt der von Rosa Luxemburg über die Arbeiteropposition bis zu Rudolf Rocker vorgetragenen Kritik an der Beherrschung der Arbeiterklasse durch die bolschewistische Partei bestand jedoch darin, dass sie allein auf die politische Form dieser Herrschaft zielten. Im Gegensatz dazu bzw. darüber hinaus entwickelte die GIK ihre polit-ökonomische Kritik am Programm der Bolschewiken, indem sie der politischen Forderung – Alle Macht den Räten! – den entscheidenden ökonomischen Inhalt hinzufügten. Jan Appel drückte diesen Gedanken 1927 in seinem Aufsatz – „Über die Rolle des Staates in der proletarischen Revolution“ – folgendermaßen aus: „Wenn das Absterben des proletarischen Staats mitsamt seiner Demokratie erreicht werden soll, kann man nicht zugleich die Gesellschaft politisch und wirtschaftlich unter straffste zentrale Verfügungsgewalt der Regierung zwingen. Denn dies bedeutet das Dasein eines neuen Staates mit größerer und weitgehender Machtbefugnis, wie sie der Staat des Bürgertums im Kapitalismus hat. Dass aber dieser Staat zu einem gegebenen Zeitpunkt seine Macht von selbst von sich geben würde, ja, auch nur könnte, ohne Zertrümmerung des ganzen zentral aufgebauten Wirtschafts- und Verwaltungsapparates, dürfen nur politische Kinder glauben.“⁹

Diese polit-ökonomische Kritik der GIK war zugleich ein Resultat der Klassenkämpfe in Deutschland. Die Jahre von 1918 bis 1923 waren geprägt durch Wellen wilder Streiks, über die der Klassenkampf von unabhängigen Betriebsräten und Streikkomitees geführt wurde. Während die SPD bzw. USPD und die an ihr orientierten Gewerkschaften versuchten, die unabhängige Arbeiterbewegung zu zähmen, um den Kampf der Arbeiter in geregelte sozialstaatliche Bahnen zu lenken, versuchte die KPD, nachdem sie 1920 den Großteil ihrer linksradikalen Mitglieder ausgeschlossen hatte, den selbstständigen Arbeitskampf der revolutionären Betriebsorganisationen unter die Führung der moskautreuen Partei zu bekommen. Demgegenüber hatte die neu formierte KAPD die Allgemeine Arbeiter Union (AAU) als betriebs- und branchenübergreifende Organisation geschaffen, um den Klassenkampf eigenständig führen zu können. Aus

⁵ Rosa Luxemburg, Zur russischen Revolution, in R. Luxemburg und die Freiheit des Andersdenkenden, Dietz Verlag 1990, S. 157f

⁶ W. I. Lenin, Schlusswort des politischen Berichts des ZK der KPR (B), 28. März 1922, Werke Bd. 33, S. 309

⁷ Paul Levi, Einleitung zu: Die russische Revolution. Eine kritische Würdigung. Aus dem Nachlass von Rosa Luxemburg. (1922), zitiert nach R. Luxemburg, Zur russischen Revolution, in R. Luxemburg und die Freiheit des Andersdenkenden, Dietz Verlag 1990, S. 227

⁸ Rudolf Rocker, Der Bankrott des russischen Staatssozialismus (1921), Underground Press, Berlin 1968, S. 103f

⁹ Max Hempel (Jan Appel), Marx-Engels und Lenin. Über die Rolle des Staates in der proletarischen Revolution, in Proletarier Nr. 4-6, 1927

den Bedingungen (der Taktik) des Klassenkampfes entwickelte sich so ein „anti-staatlicher“ oder „internationalistischer“ Kommunismus als Kampfziel, der die Nationalisierung, die Programm der Sozialdemokratie wie auch der moskautreuen KPD war, als nicht identisch mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ablehnte und sich dementsprechend gegen jede politische Vormundschaft einer Partei wandte.

Angesichts der negativen Entwicklungen in der Sowjetunion sowie der aus dem letztlich gescheiterten Klassenkampf in Deutschland gewonnenen Erfahrungen stellte sich damit zugleich die Frage: Wie muss der politische Sieg der Arbeiter wirtschaftlich verankert werden? Als Antwort auf diese Frage veröffentlichte 1930 die AAU die Studie der holländischen GIK „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“, deren Anliegen Henk Canne Meijer folgendermaßen beschrieb: „Diese Analyse beabsichtigte nicht, irgendeinen ‚Plan‘ vorzuschlagen, durch den man zu einer ‚besseren und gleicheren Gesellschaft‘ gelangen kann. Sie beschäftigt sich ausschließlich mit Problemen der Ökonomie des Kommunismus und verbindet die Praxis des Klassenkampfes und die gesellschaftliche Verwaltung zu einer organischen Einheit. Die ‚Grundprinzipien‘ ziehen folglich die ökonomischen Konsequenzen eines möglichen Kampfes, der von den Massen selbständig auf der politischen Ebene geführt wird.“¹⁰

In ihren Publikationen von 1928 bis 1940 analysierte die Gruppe Internationaler Kommunisten die politische Ökonomie in den kapitalistischen Staaten und deren Kolonien sowie die aktuellen Entwicklungen des Klassenkampfes. Im Gegensatz zu den moskautreuen Kommunisten lehnten sie taktische und strategische Bündnisse mit bürgerlichen Parteien und Organisationen ab, da sie notwendig die Instrumentalisierung der Arbeiterklasse für die Belange der herrschenden Klasse bedeuteten würden.

Wie die Aufhebung der Lohnarbeit im Zuge der sozialen Revolution erreicht und im Anschluss an die soziale Revolution gesichert werden kann, mit anderen Worten, wie die gemeinschaftlich ausgeübte Verfügung über die Produktion durch die freien Produzenten sich organisieren lässt, das ist der zentrale Inhalt, den die GIK in ihren Schriften propagierte. Entsprechend bestand für die GIK die erste Aufgabe der revolutionären Arbeiter darin, zu versuchen, die revolutionäre Betriebseinheit zu bewahren und die neue Art des Kampfes unter dem Motto „*Raus aus der Gewerkschaft, rein in die Betriebsorganisation*“ zur einzig gültigen zu machen.

Hermann Lueer



¹⁰ Henk Canne Meijer, *Die Arbeiterbewegung in Deutschland (1918 -1933)*, Edition Soziale Revolution 1985, S. 23